

WALTHER L. BERNECKER  
SÖREN BRINKMANN

## Kampf der Erinnerungen

Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft  
1936–2006

### Die Autoren

Walther L. Bernecker, Dr. phil., Professor, geb. 1947, Studium der Geschichte, Germanistik und Hispanistik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 1973–1977 und 1979–1984 Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Universität Augsburg, 1984/85 »Visiting Fellow« am »Center of Latin American Studies« der University of Chicago, 1986 Habilitation, 1988–1992 Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Universität Bern, seit 1992 Lehrstuhl für Auslandswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Neuere Veröffentlichungen (u. a.): *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*. München (3. Auflage) 1997; *Krieg in Spanien 1936–1939*. Darmstadt (2. Auflage) 2005, span. Ausg. Madrid 1996; (Mit-Hg.) *Spanien heute*. Frankfurt am Main (4. Auflage) 2004; (zus. mit H. Pietschmann) *Geschichte Spaniens seit dem Mittelalter*. Stuttgart (4. Auflage) 2005.

Sören Brinkmann, geb. 1970, Studium der Geschichte, Auslandswissenschaft (Romanischsprachige Kulturen) und Volkswirtschaftslehre in Freiburg, Madrid und Erlangen/Nürnberg; 2000–2003 Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung; seit 2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Auslandswissenschaft (Universität Erlangen-Nürnberg); verschiedene Veröffentlichungen zur politischen Kultur und zur Regionsproblematik in Spanien; Buchpublikationen: *Aufstieg und Niedergang Spaniens*, Saarbrücken 1999; *Der Stolz der Provinzen*, Frankfurt am Main 2005.

A 06 - 02007

Verlag Graswurzelrevolution

Umschlagfoto: Die Erinnerungsstätte von La Barranca im Bau, 1979  
Quelle: J. V. Aguirre, represionrioja.com

Gedruckt mit Unterstützung des *Instituto Cervantes Bremen*

Direktor des Instituto Cervantes:

*César Antonio Molina*

Direktorin des Instituto Cervantes de Bremen:

*Dr. Helena Cortés*

Koordination: *Manfred Bös*

NIPO: 503-06-080-4



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2006 Verlag Graswurzelrevolution  
Birkenhecker Str. 11 · D-53947 Nettersheim  
Fax: 02440/959 351 · E-Mail: [buchverlag@graswurzel.net](mailto:buchverlag@graswurzel.net)  
[www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)  
ISBN 3-939045-02-0

Umschlaggestaltung: Graphisches Atelier Johannes Sternstein, Stuttgart  
Satz: Bernd Degener, Bremen  
Druck & Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda

## INHALT

9	Vorbemerkung
17	<b>I. Der Bürgerkrieg</b>
17	1. Zur Vorgeschichte: Problemfelder und Konfliktachsen in der Zweiten Republik (1931–1936)
29	2. Ausgangskonstellation und Phasen des militärischen Kriegsverlaufs
35	3. Die ausländische Intervention und die Politik der Nichteinmischung
40	4. Die innenpolitische Entwicklung in beiden Kriegszonen
50	5. Die Soziale Revolution: Anarchismus in der Praxis
75	6. Zur Rolle von Kirche und Kultur
85	<b>II. Die Repression in Krieg und Nachkriegszeit</b>
85	1. Die Folgen des Bürgerkrieges: Sieger und Besiegte
96	2. Säuberungen und Massenerschießungen
113	3. Konzentrationslager, Haftanstalten und Zwangsarbeiter
122	4. Das Exil der Hunderttausende
131	5. Herrschaftslegitimation, staatliche Gewalt und Kirche
144	6. Zur ideologischen Rechtfertigung der Repression

151	<b>III. Das erzwungene Gedächtnis im Franquismus</b>	283	<b>VII. Die Rückkehr der Vergangenheit, 1996–2004</b>
151	1. Franco-Regime und Erinnerungspolitik	283	1. Das Ende der Versöhnung: (Re-)Politisierung der Vergangenheit
155	2. Ikonographie Francos: Der Diktator im öffentlichen Raum	292	2. Die Mobilisierung einer kollektiven Erinnerung
163	3. Siegesästhetik des Franquismus	302	3. Bürgerkrieg und Diktatur im Gedächtnis der Generationen
170	4. Das Selbstbildnis Francos: Rasse und Imperium	307	4. Öffentliche Erinnerung: zwischen Sentimentalisierung und Polarisierung
174	5. Die Kriegsromane der Sieger und Propagandafilme im Franquismus	315	<b>VIII. Erinnerungskultur in Spanien: auf dem Weg zur Normalität?</b>
182	6. Die Wochenschau NO-DO: Ideologie und Propaganda	315	1. Spurenbeseitigung: das Ende franquistischer Erinnerungslandschaften
189	<b>IV. Gedächtnisorte des Franquismus</b>	321	2. Die Reichweite der Erinnerungsarbeit: Perspektiven seit 2004
190	1. Belchite: Ruinen der Erinnerung	328	3. Das Baskenland, Katalonien und Spanien: regionale Muster des Erinnerns
196	2. Der Alcázar von Toledo: Mythos des Kreuzzugs	339	<b>IX. Nachwort: Erinnerung, Gesellschaft und Demokratie</b>
204	3. Das »Tal der Gefallenen«: Mausoleum der Sieger	345	Siglenverzeichnis
212	4. Zur Topographie des kollektiven Gedächtnisses	347	Literaturverzeichnis
217	5. Der neue Festkalender der Sieger	369	Internetadressen zur aktuellen Vergangenheitsarbeit
223	6. »25 Jahre Frieden«: Modernisierungsdiskurs im Spätfranquismus	371	Basisbibliographie zu Exil und politischer Repression
229	<b>V. Geschichtspolitik im Übergang zur Demokratie, 1975–1980</b>		
229	1. Verzeihen und Vergeben: die Vorgeschichte der Transition		
236	2. Symbolik und Praxis der Versöhnung: Amnestie und Konsens		
242	3. Zwischen Erinnern und Vergessen: das Spanien der Republik		
251	4. Franquistische Symbolik nach Franco		
257	<b>VI. Erinnerungsansprüche der Gesellschaft, 1980–1996</b>		
257	1. Das Schweigen der Politik und die Sternstunde der Fachhistorie		
262	2. Individuelle und kollektive Erinnerungen: das Gedächtnis der Verlierer		
275	3. Kultur und Erinnerung: zwischen Einklang und Dissonanz		

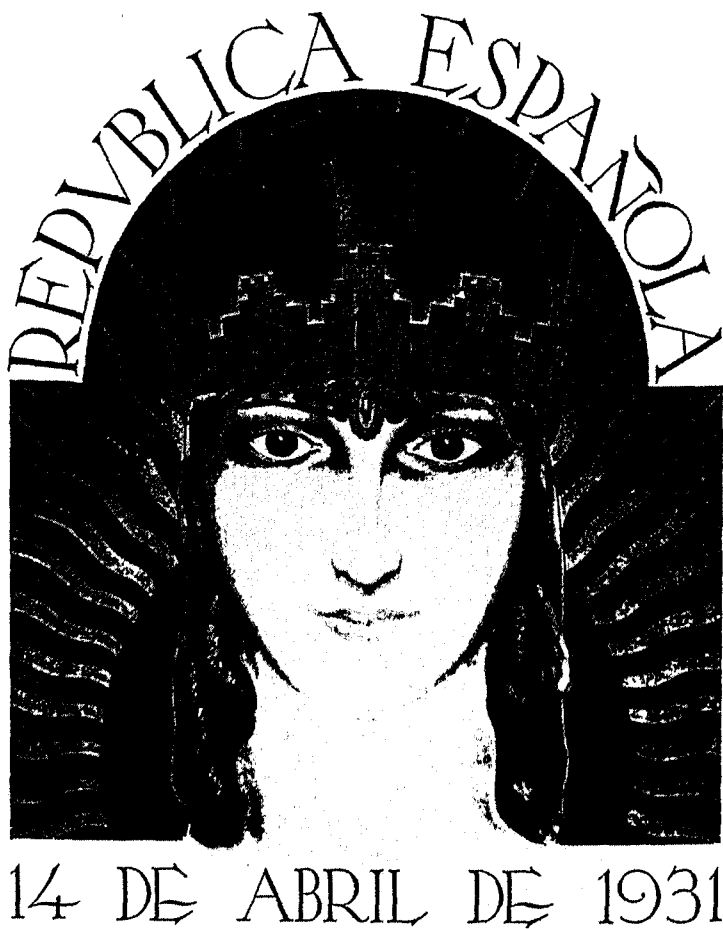
# I. DER BÜRGERKRIEG

## 1. Zur Vorgeschichte: Problemfelder und Konfliktachsen in der Zweiten Republik (1931–1936)

JEDE GESCHICHTE DES Spanischen Bürgerkrieges wird bei der Analyse der Ursachen, die schließlich zum Krieg führten, auf die geschichtlich gewachsenen Problemfelder und Konfliktachsen verweisen müssen, die zumindest seit dem 19. Jahrhundert die spanische Geschichte mitbestimmten und in der Krise der Zweiten Republik (1931–1936) kulminierten.

Die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts gehören zweifellos zu den konfliktreichsten Perioden der neueren spanischen Geschichte. Im ökonomischen Bereich unternahm die Zweite Republik den Versuch, die überkommenen Agrarstrukturen grundlegend zu modifizieren; politisch erfolgte eine Demokratisierung, die für die damalige Generation eine einzigartige Erfahrung darstellte; im sozialen und ideologischen Bereich waren die Jahre nach 1931 ein fortgesetzter Kampf zwischen einer katholisch-konservativen Rechten, einer bürgerlich-liberalen Mitte und einer anarchistisch-sozialistischen Linken; auf internationaler Ebene schließlich waren die spanischen Kämpfe der dreißiger Jahre auch eine Phase der allgemein-europäischen Auseinandersetzung zwischen Demokratie, Faschismus und Kommunismus. In diesem Kontext repräsentierte die Republik die (zum Teil antagonistischen) Kräfte der Demokratie und des Kommunismus, während die »nationale« Seite die militärischen Kräfte des siegreichen Faschismus darstellte.

Die Republik war im wesentlichen ein Modernisierungsregime; die Ausrufung der neuen Staatsform bedeutete die demokratische Macht-



Anonymes Plakat (1931) zur Ausrufung der Zweiten Republik

Quelle: Jordi Carulla/Arnau Carulla, *La Guerra Civil en 2000 Carteles, República - Guerra Civil - Posguerra*, Band I, Barcelona 1997, S. 102

übernahme der bürgerlich-republikanischen Parteien, die von ebenfalls modernisierungswilligen Teilen der Arbeiterschaft, besonders der Sozialisten, in ihrem Bestreben unterstützt wurden, die überkommenen sozioökonomischen und politischen Strukturen aufzubrechen und durch adäquatere zu ersetzen. Zuerst sollte ein laizistischer und liberaler Staat geschaffen werden, der den Reformvorstellungen der bürgerlich-republikanischen Kräfte entsprach; angestrebt wurde eine demokratische Verfassung, eine Militärreform, die Beschränkung der Macht der Kirche, eine Bildungsreform, die Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Zentrum und peripheren Nationalismen, außerdem und vor allem eine Reform des Agrarsektors.<sup>1</sup>

Die Durchführung dieser Reformmaßnahmen sollte zu einer weitgehenden Isolierung der Regierung führen. In den meisten Fällen wurde allerdings der Alltag der Spanier von den Reformen kaum berührt; was die Bevölkerung jedoch zu spüren bekam, war die Wirkung einer Art »Subversion« gegen die traditionelle, bis dahin vorherrschende Ordnung. So begrenzt die Maßnahmen der Republik, deren Ausrufung von den Arbeitern als »Revolution« gefeiert wurde, auch gewesen sein mögen, so deutlich trat andererseits der republikanische Staat mit dem Anspruch auf, die Interessen der Mittellosen und traditionell Unterdrückten zu vertreten. Zum ersten Mal in der spanischen Geschichte rückte der Schwerpunkt der Gesetzgebung von der Begünstigung der Unternehmer und Grundbesitzer zur tendenziellen Bevorzugung lohnabhängiger Massen. Bis heute sind sich in diesem Zusammenhang die Historiker darüber uneins, ob die Republik zugrunde ging, weil sie zuviel oder zuwenig Reformen anging.<sup>2</sup>

Daß die Reformen zu weit gingen und von der Bourgeoisie nicht toleriert werden konnten, setzt sich neuerdings immer mehr als Erkenntnis durch. Für die Großgrundbesitzer hat diese These Edward Malefakis schon vor Jahrzehnten vertreten, indem er auf die Kräftekorrelation in der Republik verwies und betonte, daß die Reformstrategie der Regierung eine Reaktion der eingeschüchterten Oligarchie hervorrufen mußte. Pierre Vilar (und neben ihm viele andere) haben demgegenüber betont, daß die Republik an ihrem schwankenden

<sup>1</sup> Zum Grundkonflikt der republikanischen Periode vgl. M. Blinkhorn, *Spain in Conflict* sowie P. Preston, *Revolution*.

<sup>2</sup> Zu den Wurzeln der Zweiten Republik vgl. S. Ben-Ami, *Orígenes*.

Zögern zugrunde ging, da sie eine Art Zweifrontenkrieg führte, dabei die Gegnerschaft der Besitzenden provozierte, aber zugleich nicht die (volle) Unterstützung des Proletariats erhielt.<sup>3</sup>

Als 1931 die Monarchie zusammenbrach, harrten die »klassischen« Probleme Spaniens dringender denn je einer Lösung; die Hoffnungen, die in die Republik gesetzt wurden, waren derart überzogen, daß die Diskrepanz zwischen Zielvorstellungen und konkret Realisierbarem zwangsläufig zu Enttäuschungen führen mußte. Die Sozialisten interpretierten den Regime-Übergang als »bürgerliche Revolution«, in der liberal-republikanische Parteien die politische Führung zu übernehmen hätten und der *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) sie dabei unterstützen müsse. Bald nach 1931 kam es sodann in der republikanisch-sozialistischen Koalitionsregierung zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten und in deren Gefolge zu Flügelbildungen innerhalb des PSOE, die bis 1939 und darüber hinaus unvermindert fortbestanden.<sup>4</sup> Im Gegensatz zu den Sozialisten betrachteten die Anarchisten die Republik von Anfang an mit Skepsis. Die *Federación Anarquista Ibérica* (FAI) drängte zur sofortigen Revolution, die Gewerkschaft *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT) war hinsichtlich des einzuschlagenden Kurses uneinig und spaltete sich zu Beginn der Republik. Die von Anarchisten ausgerufenen Streiks und mehrere Aufstände wurden von den Behörden mit äußerster Härte niedergeschlagen; von Anfang an wurde damit deutlich, daß die Republik ihre wohl härteste Bewährungsprobe im Sozialbereich würde bestehen müssen.<sup>5</sup>

Während die Linke zu Beginn der Republik ihre traditionellen Organisationsformen entweder fortführen (PSOE, UGT) oder neu aufbauen konnte (CNT, PCE), war die Rechte vom politischen Wechsel derart überrascht und desorientiert worden, daß sie vorerst keine einheitliche Organisation zu präsentieren imstande war. Die Mittelschichten wiederum und die Kleinbourgeoisie entschieden sich in den Städten zwar mehrheitlich für die Republik, konnten auf dem Land

aber ihrer Instrumentalisierung durch die traditionellen, antirepublikanischen Eliten nicht immer erfolgreich Widerstand leisten. In jedem Fall traten sie für eine »bürgerliche« Politik ein, deren Ziel die Bewahrung des sozioökonomischen status quo war.

Verfechter einer derartigen »bürgerlichen« Politik war die Radikale Republikanische Partei (*Partido Republicano Radical*) von Alejandro Lerroux, deren Standort während der Republik sich immer weiter nach rechts verschob. 1934 spaltete sich der linke Parteiflügel unter Diego Martínez Barrio ab und bildete die Republikanische Union (*Unión Republicana*), die – ebenso wie die Republikanische Linke (*Izquierda Republicana*) von Manuel Azaña – für eine umfangreiche Reformpolitik im Rahmen der parlamentarischen Republik eintrat. In Katalonien repräsentierte die linksliberale *Esquerra Republicana de Catalunya* unter Führung von Oberst Francesc Macià und Lluís Companys die Interessen des Kleinbürgertums.<sup>6</sup>

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung errangen die Sozialisten und die Republikaner im Juni 1931 einen überwältigenden Sieg; Die Parteien der Linken und der Mitte erhielten zusammen nahezu 400, die der Rechten ungefähr 80 Sitze im Parlament. Damit hatten zwar die reformfreudigen Kräfte ein deutliches Übergewicht in den Cortes; der Wahlsieg war jedoch zum Teil auch auf das republikanische Wahlsystem zurückzuführen, das Parteienbündnisse gegenüber isoliert antretenden Parteien begünstigte. Bei den folgenden Wahlen von 1933 wurden angesichts der zunehmenden Auffächerung der Parteienlandschaft gesamtstaatliche Wahlbündnisse wiederum dringend erforderlich; vor allem die in viele Gruppen aufgespaltenen Republikaner drängten zu Listenverbindungen, da sie ohne eine Wahlkoalition zum parlamentarischen Untergang verurteilt waren. War das Wahlsystem 1931 der Linken zugute gekommen, so profitierte 1933 die Rechte davon, die sich zwischenzeitlich organisiert und zu einem Wahlbündnis, der CEDA (*Confederación Española de Derechas Autónomas*), zusammengeschlossen hatte.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> Vgl. E. Malefakis, *Agrarian Reform*.

<sup>4</sup> Zur Entwicklung des Sozialismus während der Zweiten Republik vgl. P. Heywood, *Marxism* und S. Juliá, *Orígenes* sowie M. Bizcarrondo, *Araquistáin*.

<sup>5</sup> Zur Auseinandersetzung der verschiedenen anarchistischen Flügel in der Zweiten Republik vgl. W. L. Bernecker, *Anarchismus* und A. Elorza, *Utopía*.

<sup>6</sup> Zu den linksrepublikanisch-bürgerlichen Parteien vgl. J. Avilés Farré, *Izquierda* und O. Ruiz Manjón, *Partido Republicano*. Zum katalanischen Parteiensystem vgl. außerdem I. Molas, *Sistema*.

<sup>7</sup> Zu den Wahlen während der Republik vgl. J. Becarud, *Segunda República* und J. Tusell, *Segunda República*.

Die CEDA propagierte unter ihrem Vorsitzenden José María Gil Robles eine konservative, auf Privateigentum basierende Agrarpolitik; sie war die Interessenvertretung der Oligarchie und setzte sich, unter Berufung auf die Soziallehre der katholischen Kirche, für die Belange der Oberschicht ein. Die Partei bekannte sich zwar zur Republik, sah in ihr aber (wohl) nur eine taktische Notwendigkeit, um zu einem »neuen Staat« berufsständischer Ordnung zu gelangen; vor allem bekämpfte sie die sozialistische und laizistische Gesetzgebung.<sup>8</sup>

Die Eigenart des Wahlsystems führte dazu, daß die Geschichte der Zweiten Republik in drei deutlich voneinander unterscheidbare Phasen aufgeteilt werden kann: Die erste Phase waren die Reformjahre (*bienio de reformas*), in denen die verbündeten Republikaner und Sozialisten die Lösung der Hauptprobleme in Angriff nahmen; die zweite Phase hat die Bezeichnung »das schwarze Doppeljahr« (*bienio negro*) erhalten, als viele Reformen, vor allem auf dem Agrarsektor, wieder rückgängig gemacht wurden; die Monate zwischen den Volksfronwahlen im Februar 1936 und dem Beginn des Bürgerkriegs im Juli jenes Jahres stellen schließlich die dritte Phase dar, in der die Entwicklung auf dem Agrarsektor der Regierungskontrolle entglitt und revolutionäre Züge annahm.<sup>9</sup> Zu den ersten und wichtigsten Aufgaben der Regierung gehörte 1931 die Ausarbeitung einer Verfassung, deren endgültiger Text stark von der Weimarer Reichsverfassung beeinflusst war. Zu den umstrittensten Problemkomplexen, deren Aufzählung bereits die Belastungsfaktoren der Zweiten Republik erkennen läßt, gehörten das Verhältnis zwischen dem Gesamtstaat und den einzelnen Landesteilen, die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die gesellschaftspolitischen Artikel (wie Ehescheidung oder Schulpolitik). Bei der Frage des Eigentums stießen die sozialistischen Ziele der Vergesellschaftung mit dem bürgerlich-liberalen Bedürfnis nach Schutz des Eigentums zusammen; schließlich wurde die Möglichkeit der Zwangsenteignung »im Interesse sozialer Nützlichkeit« vorgesehen. Die Grund- und Bürgerrechte wurden weit umfassender als in jeder früheren Verfassung geregelt.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Zur CEDA vgl. M. Artola, *Partidos*.

<sup>9</sup> Zur Zweiten Republik allgemein vgl. G. Jackson, *Spanish Republic* und M. Tuñón de Lara, *Tres Claves*.

<sup>10</sup> Zur Verfassung und zum politischen System der Zweiten Republik vgl. J. Solé Tura/E. Aja, *Constituciones*.

Die Wirtschafts- und Sozialindikatoren lassen die große Bedeutung des Agrarsektors im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich der Republik deutlich werden. Die ersten republikanischen Regierungen waren sich auch darüber im klaren, daß sie vordringlich die Hauptprobleme im Landwirtschaftssektor angehen mußten: die Polarisierung der Betriebsgrößen zwischen Mini- und Latifundien sowie die unausgewogene Eigentumsstruktur und alle daraus resultierenden sozialen Folgen. 1930 nahmen die Latifundien, die lediglich 0,1 Prozent aller Landwirtschaftsbetriebe darstellten, 33,28 Prozent der Gesamtoberfläche ein, während die Minifundien zwar 96 Prozent aller Betriebe stellten, aber nur über 29,57 Prozent des Bodens verfügten. Im Süden des Landes stellten die landlosen Tagelöhner nicht nur die größte gesellschaftliche Schicht, sondern zugleich das revolutionärste Potential der spanischen Agrargesellschaft dar. Deren existentielle Unsicherheit erklärt den Landhunger des landwirtschaftlichen Proletariats, von dem in den Jahren der Republik zahlreiche soziale Erschütterungen ausgingen.<sup>11</sup>

Die ersten republikanischen Regierungen gingen mit Energie an ihre große Bewährungsprobe im Agrarbereich heran, stießen jedoch schnell auf den Widerstand der Latifundisten, die jegliche Reform zu verhindern trachteten. Der mißglückte Putschversuch von General José Sanjurjo im Sommer 1932 beschleunigte schließlich die Verabschiedung des Agrarreformgesetzes vom 15. September 1932, das die Frage der Grundbesitzenteignungen, der Entschädigungen und der Landverteilungen an die Agrarbevölkerung regelte. Den Auftrag zur Durchführung der Gesetzesbestimmungen erhielt das Institut für Agrarreform. Die Regierung von Manuel Azaña legte allerdings nach der Verabschiedung des Gesetzes ein auffälliges Desinteresse im Hinblick auf dessen Durchführung an den Tag, was nicht nur auf die Schwierigkeiten innerhalb der republikanisch-sozialistischen Koalition zurückzuführen war, sondern auch auf die Weigerung der »bürgerlichen« Regierung, zur Durchführung eines in seinen Konsequenzen revolutionären Gesetzes auch revolutionäre Maßnahmen zu ergreifen.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Zum Agrarproblem vgl. E. Sevilla Guzmán, *Evolución* sowie A. M. Bernal, *Propiedad* und speziell für Katalonien A. Balcells, *Problema agrario*.

<sup>12</sup> Zur Agrarreform grundlegend E. Malefakis, *Agrarian Reform* und J. Maurice, *Reforma agraria* sowie M. Tuñón de Lara, *Tres Claves*.

Nach dem Wahlsieg der Konservativen (1933) ging die Regierung Lerrox sofort daran, einen Teil der zuvor erlassenen Reformgesetze außer Kraft zu setzen. Teilweise gelang es der Landoligarchie, ihren Einfluß im Süden wiederzugewinnen, wodurch sich die Lage der Agrararbeiter sprunghaft verschlechterte. Die Löhne wurden gesenkt, beschlagnahmtes Land ging an seine früheren Eigentümer zurück, die Agrarreform fand ein klägliches Ende. Die Politik der Jahre 1934/35 trug zweifellos zur Radikalisierung der Landarbeitermassen bei; die zuvor gemäßigte sozialistische Agrargewerkschaft forderte nun die soziale Revolution, die UGT insgesamt machte sich unter ihrem Führer Francisco Largo Caballero revolutionäre Parolen zu eigen. Die Anarchisten wiederum gingen durch ihren Dezember-Aufstand von 1933 auf offenen Konfrontationskurs zur Republik.<sup>13</sup>

Nicht minder dramatisch gestaltete sich als zweites Hauptproblem der Republik das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Schon bei der Verfassungsdiskussion war es bei den Fragekomplexen Glaubensfreiheit, Religionsausübung, Unterrichtswesen zu erheblichen Friktionen zwischen den laizistischen Abgeordneten und den Interessenvertretern der Kirche gekommen. Die Verfassung von 1931 garantierte sodann die Gewissens- und Kultusfreiheit, alle religiösen Bekenntnisse wurden gleichgestellt, die Kirchen als Vereine betrachtet, Vergünstigungen und Unterstützungen abgeschafft. Religiöse Orden durften weder Vermögen erwerben noch Gewerbe, Handel oder Unterricht ausüben, sie wurden den allgemeinen Steuergesetzen unterworfen; der Jesuitenorden wurde verboten. Von besonderer Bedeutung sollte der Entzug der Lehrbefugnis der Kirche werden.<sup>14</sup>

Nicht nur die Beschneidung der kirchlichen Stellung im Bildungssektor führte zu heftigen Reaktionen der verunsicherten kirchlichen Hierarchie. Die in der Verfassung vorgenommene Trennung von Staat und Kirche, der laizistische Charakter des neuen Regimes und der Antiklerikalismus führender Politiker bewirkten, daß die Amtskirche zu einer Gegnerin der Republik und zu einem Sammelbecken der Reaktion wurde, wenn auch der niedere Klerus anfangs die Ausrufung der

Republik keineswegs ohne Sympathien betrachtete. Die (angebliche) Verteidigung der Rechte der Kirche wurde in den Jahren nach 1931 auch zu einem der wichtigsten Kristallisationspunkte im antirepublikanischen Kampf der konservativen Kräfte; die weitere Diskussion der »religiösen Frage« führte in der Folgezeit zur Herausbildung der CEDA, deren rechter Flügel stark antirepublikanisch war.

Nach Meinung vieler zeitgenössischer Beobachter und späterer Historiker wurde die Religionsfrage zum wichtigsten Problem der (ohnehin mit Problemen überlasteten) Republik; der Bürgerkrieg ist später auch oft als Religionskrieg bezeichnet worden, wobei allerdings übersehen wurde, daß der Antiklerikalismus sich nicht gegen die Kirche als Glaubensgemeinschaft, sondern als gesellschaftlich Verbündete der traditionell Herrschenden wandte.<sup>15</sup>

In der Gegnerschaft zur Republik gesellte sich zur Kirche ein Teil des Militärs, das sich von der Regierung herabgesetzt und gedemütigt fühlte. Kriegsminister Azaña wollte mit seiner Militärreform eine Demokratisierung der Streitkräfte, die Verringerung des Militärhaushaltes und die Verkleinerung des stark aufgeblähten Offizierskorps erreichen. Im rein »technischen« Sinne war die Reform auch durchaus positiv: Der Militärdienst wurde verkürzt, die Anzahl der Armeedivisionen halbiert, die der Offiziere stark reduziert, weitere Reformen sollten eine Unterordnung des Militärs unter zivile Institutionen sicherstellen. Durch diese Maßnahmen wurde allerdings das Mißtrauen der Armee gegenüber der Republik verstärkt, schon früh wurden in den Offizierskasinos Verschwörungspläne gegen die Republik geschmiedet. Von der Möglichkeit vorzeitiger Pensionierung machten eher die republikfreundlichen, nicht die antirepublikanisch eingestellten Offiziere Gebrauch.<sup>16</sup>

Partiell gelöst wurde das Problem des katalanischen Nationalismus, nachdem die Katalanisten schon im September 1932 für ihre Region ein Autonomiestatut durchsetzen konnten, durch das Katalonien eine eigene Regierung, die *Generalitat*, ein Parlament und umfangreiche Selbstverwaltungsrechte mit unteren und mittleren Verwaltungs-

<sup>13</sup> Zur Radikalisierung der Landarbeiterbewegung vgl. M. Tuñón de Lara, *Luchas* sowie die Lokalstudie von M. Pérez Yruela, *Conflictividad*.

<sup>14</sup> Zum Laizismus der republikanischen Verfassung vgl. F. de Meer Lecha-Martó, *Cuestión religiosa* und A. Fernández García, *Iglesia*.

<sup>15</sup> Zum Verhältnis Staat-Kirche vgl. grundlegend H. Ragner, *Espada*; V. M. Arbe-loa / M. Batllori (Hg.), *Arxiu Vidal i Barraquer*; H. Ragner, *Pólvora*.

<sup>16</sup> Verhältnis zwischen Militär und Republik vgl. S. G. Payne, *Politics* und G. Cardo-na, *Poder militar* sowie M. Alpert, *Reforma*.



kompetenzen erhielt. Das Baskenland konnte demgegenüber in den Friedensjahren der Republik – wegen interner Auseinandersetzungen zwischen dem nur zum Teil baskischen Navarra und den übrigen Provinzen Euskadis und infolge der baskischen Divergenzen mit dem Antiklerikalismus der Madrider Regierung – kein Autonomiestatut durchsetzen. Als besonders problematisch erwies sich die Regionalismusfrage ab November 1933, als die Zentralregierung vom »Radikalen« Lerroux mit parlamentarischer Unterstützung durch die CEDA gebildet wurde. Denn: Die Basken fühlten sich in ihren traditionellen Steuerregelungen beschnitten und näherten sich, obwohl selbst katholisch-konservativ, den oppositionellen Sozialisten an. Die Katalanen wiederum wurden weiterhin von einem gemäßigten Linkskabinett regiert, das deutliche politische Differenzen zur konservativen Madrider Regierung aufwies und mit dieser bald in Konflikt geriet.<sup>17</sup>

Auf welcher prekärer Grundlage die Reformen der Zweiten Republik, insbesondere auch die regionalistische Problematik, standen, lassen die Ereignisse von Oktober 1934 deutlich werden. Seit dem Wahlsieg der Rechten herrschte im Land nervöse Spannung. In dieser kritischen Situation bildete im Oktober 1934 die CEDA mit der Radikalen Partei eine Regierungskoalition; der Regierungseintritt der CEDA wurde von der Linken als Machtergreifung des Faschismus interpretiert, den es zu verhindern galt. Die Ausrufung des Generalstreiks wurde von der Regierung mit der Verhängung des Kriegszustandes beantwortet; in Katalonien und Asturien brach die Streikbewegung nicht zusammen, weitete sich vielmehr zu einem sozialen Aufstand aus. In Barcelona proklamierte Präsident Companys den »katalanischen Staat innerhalb der spanischen Bundesrepublik«; die Revolte konnte in Katalonien allerdings schnell niedergeschlagen werden, die *Generalitat* wurde suspendiert.<sup>18</sup>

Weiterreichende Folgen hatte der Arbeiteraufstand in Asturien, wo sich Sozialisten, Anarchosyndikalisten und Kommunisten unter der Parole »Vereinigt Euch, proletarische Brüder!« zur gemeinsamen

<sup>17</sup> Zum Regionalismusproblem vgl. (für Katalonien) J. A. González Casanova, *Federalismo* sowie (für das Baskenland) J. P. Fusi, *Problema* und J. L. de la Granja, *Nacionalismo*.

<sup>18</sup> Vgl. die CEDA-nahe Interpretation von R. A. Robinson, *Origin*.

Aktion zusammenschlossen; ungefähr 30000 Bergarbeiter leisteten zwei Wochen lang der Afrika-Armee und der Fremdenlegion unter dem Kommando von General Francisco Franco Widerstand. Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden einige 10000 Gewerkschafter und »Verdächtige« inhaftiert.<sup>19</sup>

Die Nachwirkungen des »spanischen Oktober« von 1934 führten zu einer deutlichen Radikalisierung der Rechten und der Linken und damit zu einer gesamtgesellschaftlichen Polarisierung im Lande: Die Rechte sah all ihre Befürchtungen bestätigt und betrachtete sich selbst als das einzige intakte Bollwerk gegen Separatismus, atheistischen Liberalismus und eine bevorstehende Sozialrevolution; eventuell bis dahin noch vorhandene republikanische Legalitätsskrupel wurden abgelegt. Die Linke wiederum sah – mit Blick auf Italien, Deutschland und Österreich – auch in Spanien den Faschismus an die Macht kommen; die Notwendigkeit des Zusammenstehens wurde deutlicher als bisher erkannt, was den Zusammenschluß zur Volksfrontkoalition erleichterte.<sup>20</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien über die Liquidierung des Aufstandes von 1934 lähmten das Kabinett, das mehrfach umgebildet wurde. Seine wichtigste politische »Leistung« war der systematische Abbau aller Errungenschaften der ersten Republikjahre. Korruptionsskandale in der Radikalen Partei führten schließlich zu einer totalen Regierungskrise. Im Januar 1936 löste Staatspräsident Niceto Alcalá Zamora die *Cortes* auf und schrieb Neuwahlen aus. Zu diesem Zeitpunkt war das Land als Folge der Politik der beiden vorhergehenden Jahre zerrissener denn je: Die Lage auf dem Land war für viele Tagelöhner unerträglich, während die meisten Großgrundbesitzer die Entgegnungsgefahren als gebannt betrachteten; die Militärs hatten ihre Konspirationspläne nicht preisgegeben; der größte Teil der kirchlichen Hierarchie stand in deutlichem Gegensatz zur Republik. In einem Klima äußerster sozialer und politischer Spannung wurden die Spanier zum dritten (und letzten) Mal aufgerufen, ein neues republikanisches Parlament zu wählen.

<sup>19</sup> Zur sogenannten Oktoberrevolution von 1934 vgl. den grundlegenden Sammelband *Octubre 1934*.

<sup>20</sup> Zur Debatte um die Bedeutung des Aufstandes für den Untergang der Republik vgl. R. A. Robinson, *Origin* und P. Preston, *Coming*.

Im Gegensatz zur Linken war die Rechte diesmal nicht in der Lage, gemeinsame Koalitionslisten zu erstellen. Das Ergebnis der Wahl war eindeutig: Abermals durch das Wahlgesetz begünstigt, erhielt die Linke eine überwältigende parlamentarische Mehrheit. Die neuen Cortes setzten sich aus 277 Abgeordneten der Volksfront, 132 der Rechten und 32 der Mitte zusammen. Obwohl die Sozialisten mit 90 Abgeordneten die stärkste Fraktion stellten, lehnten sie eine Mitarbeit in der Regierung ab. In Katalonien stellte Lluís Companys erneut die Regierung, in Madrid bildete Manuel Azaña mit seinen Linksrepublikanern wieder das Kabinett, mußte jedoch bald feststellen, daß die Arbeiterorganisationen nicht bereit waren, sich für die Verwirklichung »bürgerlicher« Reformziele einzusetzen.<sup>21</sup>

In den Monaten nach den Volksfrontwahlen wurde deutlich, daß die Reformpolitik der republikanischen Regierungen die drängenden strukturellen Probleme der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft nicht lösen konnte. Die Arbeiterorganisationen wiederum konnten (und wollten) ihre Mitglieder nicht davon zurückhalten, die lange versprochenen, jedoch nicht realisierten Veränderungen – vor allem auf dem Agrarsektor – auf revolutionäre Weise in Angriff zu nehmen. Nach dem Februar 1936 überstürzten sich daher die Ereignisse: Landarbeiterstreiks, illegale Landbesetzungen, nachträgliche Legalisierungen von Enteignungsmaßnahmen waren an der Tagesordnung. Die Volksfrontregierung beschleunigte die Enteignungen im ersten Halbjahr ihrer Administration so sehr, daß zwischen März und Juli 1936 zahlenmäßig und ihrem Umfang nach mehr Ländereien enteignet wurden als in den vorausgegangenen fünf Jahren zusammen. Ihre eigentlich revolutionäre Akzentuierung gewann die Reform jedoch weniger durch die Maßnahmen der neuen Regierung als vielmehr durch die spontane Initiative landhungriger Agrarproletarier, die massenhaft auf eigene Faust Ländereien besetzten. Mit fieberhafter Aktivität betrieben die Cortes 1936 über eine Revision der herrschenden Agrargesetze, bis durch den Militäraufstand vom 18. Juli 1936 der Versuch der Republik, die jahrhundertealten starren Agrarstrukturen zu ändern, in einer blutigen Katastrophe endete.<sup>22</sup>

21 Zu den Wahlen von 1936 vgl. J. Tusell, *Elecciones*.

22 Zur Radikalisierung der Lage in den Latifundienregionen vgl. etwa M. Tuñón de Lara, *Tres Claves*.

In den Jahren zwischen 1931 und 1936 war das Grundproblem der spanischen Gesellschaft deutlich geworden, das die Modernisierung und die Durchführung einer »bürgerlichen« Revolution in Spanien verhinderte: Es war die Konfrontation zwischen der grundbesitzenden und in archaischen Strukturen verwurzelten Oligarchie mit ihren Verbündeten, die zu keinerlei Veränderung ihrer aus dem 19. Jahrhundert überkommenen privilegierten Stellung bereit waren, und den Sektoren der Land- und Industriearbeiter, die in der Republik das Vehikel zur Überwindung ihrer überkommenen Benachteiligung erblickten und sich, nachdem sie in ihrer Hoffnung auf schnelle Veränderung ihrer Situation enttäuscht worden waren, von der bürgerlich-demokratischen Republik ebenso abwandten, wie ihre »Klassenfeinde« dies bereits getan hatten. Der Bürgerkrieg war das Ergebnis dieser unüberbrückbaren Gegensätze und der verzweifelte Versuch zuerst der Rechten, in Reaktion darauf dann auch der Linken, ihr Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsmodell, das mit reformistisch-friedlichen Mitteln nicht zu erreichen war, gewaltsam durchzusetzen.<sup>23</sup>

## 2. Ausgangskonstellation und Phasen des militärischen Kriegsverlaufs

KAUM EIN ZWEITES Ereignis des 20. Jahrhunderts – allenfalls in den sechziger Jahren der Vietnamkrieg – hat Staatsmänner und Dichter, Politiker und Intellektuelle ebenso wie die breite Öffentlichkeit und die Nachwelt emotionell derart bewegt wie der Spanische Bürgerkrieg. Zwischen 1936 und 1939 wurde Spanien zur Propagandaplattform der Ideologien und zum Truppenübungsplatz ausländischer, vor allem faschistischer Waffensysteme. Lange Zeit waren in der Diskussion über den Spanischen Bürgerkrieg zwei Verschwörungstheorien vorherrschend: Die eine sprach von einer faschistischen Anzettelung, die andere von einer kommunistischen Bedrohung Spaniens als Kriegsursache. In beiden Fällen ist für die Zeit vor Kriegsbeginn die innenpolitische Bedeutung der faschistischen Falange bzw. der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) weit übertrieben worden. Nicht

23 Zusammenbruch der Republik vgl. J. J. Linz, *Great Hopes*.